Nr. 141 — Jahrgang 18 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Mittwoch, den 22. Juni 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 6. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). :—: Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. :—: Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Differenzen zwischen Frankreich und England

Die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt — Vor großen Schwierigkeiten — Kein Nachgeben Frankreichs

Lausanne. Die Montag-Nachmittagssitzung der sechs einladenden Mächte dauerte kaum 10 Minuten. An der Besprechung nahmen die Chefs der sechs einladenden Mächte teil. Ueber die Sitzung wurde eine kurze amtliche Verlautbarung veröffentlicht, in der mitgeteilt wird, daß der Präsident der Reparationskonferenz, Macdonald, seine Kollegen über die jetzt begonnenen Besprechungen unterrichtet hat. Diese Besprechungen würden jetzt zwischen den einzelnen Abordnungen fortgesetzt werden. Um diesen Besprechungen die Möglichkeit der Entwicklung zu geben, sei beschlossen worden, die auf Dienstag vormittag einberufene Vollsitzung der Reparationskonferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Lausanne. Der unerwartete Beschluß, das Schwergewicht der Tributverhandlungen jetzt in die privaten Besprechungen zu verlegen und keine offiziellen Sitzungen mehr abzuhalten, erklärt sich aus der durch die alten Genfer Abrüstungsbesprechungen und der Unterredung Herriot-Macdonald geschaffenen Lage. In leitenden englischen Kreisen hält man es für zweckmäßig, daß die französischen Vorschläge zur Reparations- und Abrüstungsfrage in direktem Gedankenaustausch mit den einzelnen Mächten erörtert werden. In dieser neuen Methode zeigt sich wieder das bekannte englische Bestreben, offiziellen Konferenzsitzungen möglichst aus dem Wege zu gehen und die gesamten Schwierigkeiten in privaten Unterredungen zu erledigen.

Um Preußens Regierung

Der preußische Landtag hat am Mittwoch seinen Ministerpräsidenten zu wählen, der seinerseits seine Kabinettsmitglieder zu berufen hat. Die Landtagswahlen vom 24. April haben leider keine klaren Verhältnisse geschaffen, trotz des „Erfolges“ der Nationalsozialisten ist eine tragfähige, parlamentarische Regierung nicht möglich, und die Demokratie in Preußen hat keine Ursache, den Faschismus in den Sattel zu heben. Im ersten „Siegesrausch“ war man im Hitlerlager der Meinung, daß das Zentrum sich bewegen lassen wird, mit ihm gemeinsam eine Regierung zu bilden. Und man wußte sogar schon von einer Fühlungnahme zu sprechen, nur waren die Forderungen der Nationalsozialisten schon vor den Verhandlungen derartig gespannt, daß jeder an den Fingern abzählen konnte, daß eine solche Koalition nicht möglich sei. Das Zentrum hat bei der Wahl des Landtagspräsidenten die parlamentarische Form gewahrt, es ist aber fraglich, ob man nach den wenigen Wochen seit der ersten Wahl jetzt diesen nationalsozialistischen Kerrl weiter als Landtagspräsidenten behalten, beziehungsweise wiederwählen wird, nachdem in Oldenburg gerade die Nationalsozialisten erklärt haben, daß sie sich nicht an die bisherigen parlamentarischen Formen halten und in das dortige Landtagspräsidium keinen Zentrumsmann, sondern nur einen Deutschnationalen hineinwählen ließen. Mit dem Bruch dieser parlamentarischen Gewohnheit haben die Nationalsozialisten also auch für Preußen die Voraussetzung geschaffen, daß die Mehrheit entscheidet, also sich nicht an das Stärkeverhältnis der parlamentarischen Parteien hält, sondern den zum Landtagspräsidenten wählt, der das Vertrauen der Mehrheit hat, und das kann man von den Nationalsozialisten nicht sagen. Allerdings käme dann nur ein Zentrumsmann in Preußen in Frage, und es erscheint fraglich, ob die Kommunisten für ihn stimmen werden, mit denen erst eine Mehrheit über die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu erlangen ist.

Wie mit dem Landtagspräsidenten, so verhält es sich auch mit dem Ministerpräsidenten, wobei festgestellt werden muß, daß bis heute noch nicht einmal der Versuch unternommen wurde, irgend einen tragbaren Kandidaten zu benennen. Nach Lage der Dinge ist nur eine geschäftsführende Regierung möglich, aber wieder erscheint es ausgeschlossen, daß sich hierzu die jetzige geschäftsführende Regierung bereit erklären wird, nachdem ihre Notverordnung von allen Parteien umkämpft wird, obwohl alle zugeben müssen, daß sie ein Akt der Zwangsläufigkeit ist, weil das Reich seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Preußen nicht nachgekommen ist. Gerade im Zusammenhang mit der Finanzlage Preußens hat das Reich unter dem neuen Kanzler von Papen einen Druck auf die geschäftsführende Regierung ausüben wollen und einen Kommissar in Aussicht gestellt, wenn eine ordnungsmäßige Regierung nicht gebildet werden darf. Da nun die Landtagsverhältnisse in den übrigen Staaten viel Aehnlichkeit mit der Lage in Preußen aufweisen, so befürchten gerade Bayern, Württemberg und Baden, daß eines schönen Tages der Kurs in Berlin jene Formen annimmt, daß man die Kommissarwirtschaft über Preußen hinaus ausdehnen wird, und der Vorstoß der Süddeutschen bei Hindenburg hat die Kommissarfrage auch in Preußen ein wenig erschüttert, man ist in der Reichsregierung nicht mehr so begeistert, Preußen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Und doch erscheint, nach Lage der Dinge, ein anderer Ausweg nicht möglich. Es dürfte nach den jetzt bekannten Beziehungen des neuen Kabinetts zu Hittler keinem Zweifel unterliegen, daß der neue Mann in Preußen also der Kommissar, ein Vertrauensmann Hitlers in Preußen sein wird. Was auf offenem Wege durch die Wahlen nicht entschieden wurde, begünstigt die neue Regierung von Papen.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten ein Kompromiß möglich ist, um die Einsetzung eines Kommissars zu verhindern. Dazu sind die Gegensätze, allein schon zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu groß, um hier eine Einigung zu erzielen und zu verhindern, daß im größten Staat Deutschlands, die Faschisten ans Ruder gelangen. Was das für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland bedeutet, braucht nicht weiter dargelegt zu werden, zumal das ganze Unternehmen der Reaktion auf nichts weiter hinausgeht, als eben Preußen zu beherrschen und durch Preußen unmittelbar das Reich zu regieren. Sind in Preußen erst die Faschisten am Ruder, dann mag der neue Reichstag noch so demokratisch sein, man wird die frühere Reaktion in Preußen wieder aufbauen und damit auch die Beamtenschaft ins Fahrwasser des Nationalismus und Faschismus überleiten. Ob die Kommunisten daran ein Interesse haben? Wir sagen ja, denn ihr ganzer bisheriger Kampf in Deutschland war ein ständiges Zusammengehen mit dem Faschismus und der Reaktion, aus dem einzigen Ziel heraus, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es liegt also ganz bei den Kommunisten, welches Regime jetzt in Preußen Platz greift und ob ein Faschist Landtagspräsident wird. Die nächsten Tage werden zeigen, wohin der Kurs geht. —ll.

Herriot über die Lausanner Konferenz

Vor der englisch-französischen Einigung, keine Verhandlungen mit Deutschland — England unterstützt die deutsche Auffassung

Lausanne. Ministerpräsident Herriot erklärte Montag abend der französische Presse, daß vorläufig eine Uebereinstimmung zwischen der deutschen und französischen Auffassung nicht bestände. Französischerseits fänden jetzt in erster Linie Verhandlungen mit der englischen Regierung statt, da der englische Ministerpräsident teilweise die deutsche Auffassung unterstütze und die französische Regierung die englische von der Richtigkeit der französischen Auffassung überzeugen wolle.

Sobald eine Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich hergestellt sei, würden die Beratungen von französischer Seite mit der deutschen Regierung beginnen.

Er, Herriot, wolle in den nächsten Tagen eine Unterredung mit dem Reichskanzler haben.

Die englische Regierung trete für eine völlige Streichung der Reparationen ein, der sich jedoch die französische Regierung widersetze, da sie auf Grund der internationalen Schuldenregelung einen Anspruch auf einen Ueberschuß von Zahlungen von 359 Millionen Goldmark habe,

während England nur 66, Italien 35, Belgien 68 Millionen Goldmark beanspruchen könnten. Hieraus ergebe sich eindeutig, daß Frankreich an der endgültigen Schuldenregelung bei weitem am meisten interessiert sei.

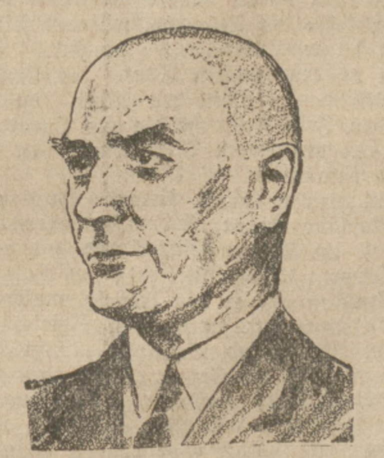
*

Lausanne. Die Dreimächte-Besprechung im Hotel Beau Rivage dauerte über 2 Stunden. Die Unterredungen sind für streng vertraulich erklärt worden. Vereinbarungsgemäß wurde der Presse nichts mitgeteilt. Zunächst wurde in Anwesenheit von Herriot und dem französischen Finanzminister verhandelt. Diese kehrten jedoch nach einiger Zeit in ihr Hotel zurück, so daß die weiteren Besprechungen allein zwischen den deutschen und englischen Ministern stattfanden.

Unmittelbar nach der Sitzung fand im Hotel Savoy eine Sitzung der deutschen Abordnung statt, in der der Reichskanzler und der Reichsaußenminister die übrigen Herren der deutschen Abordnung über ihre bisherigen Besprechungen unterrichteten. Aus den privaten Besprechungen am Montag ergibt sich, daß die Lage sich nicht geändert hat.

Die Franzosen beharren auf ihrer bisherigen Stellungnahme und fordern im Falle einer Streichung der Tributzahlungen eine deutsche Abschlußzahlung durch Verpfändung von Eisenbahnobligationen.

Auch in der Abrüstungsfrage hält die französische Regierung an ihrer Forderung der lediglich haushaltsmäßigen Lösung fest. Die Lage hat sich damit im allgemeinen weiter versteift, ohne daß Lösungsmöglichkeiten sich am Montag abend abzeichnen. Jedoch steht die Stellungnahme der französischen Regierung zur Tribut- und Abrüstungsfrage ausschließlich im Vordergrund der Verhandlungen. Englischseits versucht man, einen praktischen Ausweg aus der gegenwärtig noch völlig festgefahrenen Lage zu finden. Eine Sitzung der Konferenz soll erst stattfinden, falls sich Möglichkeiten einer Einigung abzeichnen. Parallel zu den Lausanner Besprechungen finden in Genf Abrüstungsbesprechungen statt, über die die beteiligten Regierungen fortlaufend unterrichten werden.



Freilassung des „Bombenlegers“ Klaus Heim

Gutsbesitzer Klaus Heim, wird jetzt durch Beschluß des Preußischen Landtags aus der Haft entlassen. Er war zur Zuchthausstrafe für die Bombenattentate von 1931 verurteilt worden, durch die er und seine Gefährten das Augenmerk der Oeffentlichkeit auf die Not der Bauernschaft lenken wollten.

Zaleski bei Drummond

Genf. Montag nachmittag stattete der polnische Außenminister Zaleski dem Generalsekretär des Völkerbundes einen längeren Besuch ab. Obwohl über den Inhalt der Besprechungen amtlich nichts bekannt wurde, darf man doch annehmen, daß die Unterredung dem geplanten deutschen Flottenbesuch und dem plötzlichen Erscheinen des polnischen Zerstörers „Wicher“ gelegentlich des englischen Flottenbesuches in Danzig galt.

Litwinow in Genf

Die Abrüstungsverhandlungen.

Genf. Die Abrüstungsbesprechung der drei Großmächte, England, Amerika und Frankreich, wurde am Montag vormittag in Genf fortgesetzt. Gegen 12 Uhr trafen sich etwa die gleichen Persönlichkeiten, die an der Sonntagbesprechung teilnahmen. Sir John Simon ist am Montag morgen auf Macdonalds Wunsch, der die Verhandlungen möglichst beschleunigen will, wieder nach Genf gereist.

Der russische Außenkommissar Litwinow ist am Montag in Genf eingetroffen.

Hoover spricht mit Gibson

Berlin. Präsident Hoover hatte nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington ein längeres Telephongespräch mit dem Botschafter Gibson in Genf, über dessen Inhalt Stillschweigen bewahrt wird. Es verlautet, daß im Weißen Haus der Ton der französischen Presse besonders in den letzten Tagen verstimmt habe, deren Angriffe als unverständlich bezeichnet werden, daß die Regierung sowohl offiziell wie inoffiziell die Stellungnahme Amerikas zur Schulden- und Abrüstungsfrage oft und fast bis zum Ueberdruß klargelegt habe. Wenige Tage vor der Lausanner Konferenz habe Außenminister Stimson die fremden Diplomaten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Europa nicht einfach ganze finanzielle Probleme Amerika in den Schoß werfen könne. Bei der Eröffnung der Tagung der internationalen Handelskammer im letzten Jahre habe Hoover aller Welt zugerufen, **daß die Verminderung der gigantischen Rüstungskosten eine Vorbedingung zur Erholung der ganzen Welt sei.** Die formelle Vorbedingung für Hoovers Aussichten und Bemühungen, der Kongreß zur **Revision der Schuldenfrage zu bestimmen, sei also, wie so oft betont, die Einigung Europas über die Reparationen, sodann individuelle Anträge auf Feststellung der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Schuldenstaates;** sachliche Vorbedingung sei die Bereitwilligkeit, die Rüstungen herabzusetzen und die Wehretats erheblich zu beschneiden. Man nehme an, daß Hoover in diesem Sinne zu Gibson gesprochen und besonders betont habe, daß Europa auf keine Sympathie hoffen könne, so lange es gewaltige Summen für Kriegsrüstungen ausgebe.

Macdonald für 15jährigen politischen „Gottesfrieden“

Berlin. Der Hauptpunkt der Vorschläge, die Macdonald in der Unterredung am Montag vormittag dem französischen Ministerpräsidenten Herriot unterbreitete, soll, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Lausanne, der Vorschlag gewesen sein, einen 15jährigen politischen „Gottesfrieden“ abzuschließen, der ausschließlich auf Europa Anwendung finden solle.



Französische Bäuerinnen besuchen ihren neuen Staatspräsidenten

Staatspräsident Lebrun im Kreise von Bäuerinnen aus allen Teilen Frankreichs, die Lebrun, der selbst Sohn eines Landmannes ist, zu seiner kürzlich erfolgten Wahl beglückwünschten.

Eine neue Zollunion?

Weitgehendes Zoll- und Wirtschaftsabkommen zwischen Holland, Belgien und Luxemburg

Lausanne. Von amtlicher belgischer Seite wird mitgeteilt: Die Vertreter Belgiens, Hollands u. Luxemburgs haben nach Prüfung durch die beteiligten Außenminister ein Abkommen über die gegenseitige und fortschreitende Senkung der wirtschaftlichen Schranken beschlossen. Dieses Abkommen werden sie unverzüglich den beteiligten Regierungen zur endgültigen Billigung unterbreiten. Das Abkommen entspricht den Grundsätzen, die verschiedentlich im Völkerbund festgelegt waren.

Das Abkommen steht allen Staaten offen. Es enthält eine Präambel, in der sich die beteiligten Staaten, überzeugt, daß die fortschreitende Verwirklichung einer größeren Freiheit des Handelsverkehrs eine der Hauptbedingungen des Wohlstandes der Welt ist, zu diesem Abkommen verpflichten. Sie sind von dem Wunsche beseelt, daß ein gemeinsames Vorgehen der an diesem Abkommen beteiligten Regierungen wieder zu der Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage beitragen werde. Sie verpflichten sich gegenseitig, keine neuen Zölle zu erheben und durch eine jährliche Zollbeschränkung von 10 v. H. zu einer gewissen Beschränkung des gegenwärtigen Zollniveaus zu gelangen. Sie verpflichten sich außerdem, unter sich keine neuen Maßnahmen der Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkung zu ergreifen, außer in besonderen Fällen. Jeder dritte Staat hat die Möglichkeit, unter den gleichen Bedingungen, wie die unterzeichneten Staaten diesem Abkommen beizutreten.



Er verklagt den Exkaiser auf Schadenersatz

Vor dem Zivilgericht in Peronne hat ein eigenartiger Prozeß begonnen: der französische Bürger Lindin verlangt vom ehemaligen deutschen Kaiser eine Schadenersatzsumme von 100 000 Franc, weil während des Krieges seine neunjährige Tochter bei einem Angriff von deutschen Truppen getötet worden war.

Die Presse zur Hessenwahl

Berlin. Die gesamte Berliner Presse nimmt in eingehender Weise Stellung zum Ergebnis der Landtagswahl in Hessen. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, was bei der Neuwahl des Hessischen Landtags erreicht werden sollte: Eine klare Entscheidung zwischen rechts und links, zwischen nationaler Opposition und Systemparteien, ist abermals nicht gelungen. Die Stimmen stehen unter Zurechnung der Mittelsplitter gleich zu gleich. Die „DAZ“ erklärt, die nationale Einheitsliste, die eine Schlüsselstellung erwartete, habe die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Im Gegenteil, der Versuch einer Sammlung der bürgerlichen Mitte ist geradezu katastrophal gescheitert. Das Zentrum bleibe aber entscheidend. Die „Germania“ ist der Ansicht, daß es weder in Hessen noch im Reich eine Mehrheit gebe, die eine nationalsozialische Parteiherrschaft aufgerichtet sehen wolle. Politisch und parlamentarisch habe sich an dem bisherigen Zustande in Hessen nichts geändert. Die „Vossische Zeitung“ schreibt, die Niederlage der „Einheitsliste“ dürfte allen Versuchen, für die Reichstagswahl eine verschwommene Einheitsbildung zu improvisieren, endgültig den Garaus machen. Die Hessenwahl gebe aber keinen sicheren Schlüssel für die bevorstehende Reichstagswahl, sondern verstärke die Ungewißheit.

Der sozialdemokratische „Abend“ stellt mit Befriedigung den Vormarsch der SPD fest und **ruft zu verschärftem Kampf gegen die Nationalsozialisten und das Kabinett Papen auf.**

Amerikanische Beschwerde gegen die mandschurische Regierung

Tokio. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Stimson eine längere Besprechung mit dem japanischen Botschafter über die Politik der mandschurischen Regierung gehabt, wobei besonders die Reorganisation des Zollwesens in der Mandschurei erörtert wurde. Die amerikanische Regierung hat Japan darauf aufmerksam gemacht, daß die Handlungen der mandschurischen Regierung unberechtigt sind und den internationalen Verträgen nicht entsprechen. Der japanische Botschafter hat den Staatssekretär Stimson darauf hingewiesen, daß die japanische Regierung für die Taten der mandschurischen Regierung nicht verantwortlich sei, daß diese vielmehr in ihrer Arbeit vollkommen unabhängig und selbständig handele.

Parteitag der badischen Sozialdemokraten

Offenburg. Auf dem Parteitag der badischen Sozialdemokratie am Sonntag wurden zur Reichstagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: Minister a. D. A. Remmele (anstelle des bisherigen Abgeordneten Schöpflin, der auf seine Wiederaufstellung verzichtete), Schriftleiter Ernst Roth, Mannheim, Stefan Maier, Kaufmann in Freiburg, Rechtsanwalt G. Veit, Karlsruhe, Parteisekretär Amann, Heidelberg, Schriftleiter Lohmann, Pforzheim, Frau Wehner, Mannheim, Landtagsabgeordneter Großhans, Konstanz.

Den Schluß des Parteitages bildete eine Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, der der neuen Regierung von Papen schärfsten Kampf ansagte. Die bisherigen Maßnahmen der neuen Reichsregierung seien die beste Rechtfertigung der Tolerierung der Regierung Brüning durch die Soziademokratie, die dadurch nur den Faschismus verhindern wollte. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich nicht zu einem Kampf gegen Rußland mißbrauchen lassen. Die Sozialdemokratie lehne eine Einheitsfront mit den Kommunisten solange ab, als diese unter dieser Einheitsfront nur eine Zerschmetterung der SPD. wolle. Man sei deshalb gegenüber allen Angeboten von jener Seite her sehr mißtrauisch.

Blutige Kommunistenkundgebung in Santiago de Chile

Neuyork. Trotz der strengen Zensur in Chile sickerte die Meldung durch, daß am Montag morgen die Kommunisten in Santiago de Chile eine Kundgebung veranstalteten. Die Polizei trieb die Menge auseinander und machte dabei von ihren Schuß- und Hiebwaffen Gebrauch. 15 Kommunisten wurden getötet und 28 verwundet.

Kommunistische Verschwörung

Belgrad. Das Belgrader Militärgericht fällte das Urteil im Strafprozeß gegen die Marburger Offiziere, die der kommunistischen Verschwörung angeklagt waren. Oberleutnant Atanaskovitsch und Oberleutnant Althorer wurden zum Tode verurteilt, Major Djokitsch zu 17 Jahren schweren Kerkers, fünf Offiziere und ein Zugführer zu je 10 Jahren schweren Kerkers. Zwei Feldwebel und zwei Offiziere wurden freigesprochen.

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Gobsch

57)

Deutschland hat nicht das geringste dagegen! Im Gegenteil! Mit Herrn Brandt werden wir gedeihlich arbeiten! Nun, Saint Brice stürzt umso sicherer, je mehr sich der außenpolitische Druck für Frankreich steigert! Verstehen Sie mich, meine Herren? Der Druck von Italien her und die kühle Haltung vom Rhein her müssen zusammenwirken, Saint Brice zu Fall zu bringen. Der Kampf wird in Paris entschieden! Brandt oder Saint Brice! Wenn Sie jetzt mit Generalstreik kommen, gibt möglicherweise Saint Brice klein bei, alles schwingt ins alte Gleichgewicht zurück, falls nicht, wie gesagt, das Chaos allen die Rezepte verdirbt!“

Das Komitee wurde schwankend. Dem klugen Reichskanzler war schwer zu widersprechen. Zum Schluß kam die Kompromißformel heraus: Die deutsche Regierung mischt sich in keiner Weise in den französisch-italienischen Streit ein. Krieg liegt für Deutschland außerhalb jeder Zielsetzung. Deutschland behält sich vor, sich einer allgemeinen Boykottbewegung gegen einen Friedensbrecher anzuschließen. — Berlin war an diesem Vormittag, dank der geschickten Taktik des Reichskanzlers, in ruhiger Stimmung.

In Wien und Budapest war es zu ähnlichen Abmachungen mit der „Union“ gekommen. In Kopenhagen, Brüssel und im Haag hatten die Regierungen die englische, entschiedenere Formel vorgezogen, die wirksamer schien gegen das anschleichende Kriegsgespenst.

Albanier und Südslawen hielten Waffenruhe. Aber aus dem inneren Südslawien rollten im geheimen Truppentransporte gegen die italienische und bulgarische Grenze. Die Bulgaren ihrerseits verstärkten ihre Grenztruppen.

Italien war von der Außenwelt abgeriegelt. Die ganze Nacht hindurch dröhnten die Geleise unter den Militärzügen, die durch Norditalien rasten.

Capponi verzichtete auf Belagerungszustand. Die faschistische Miliz in Stadt und Dorf machte ihn überflüssig. Mit eisernen Klammern war das Volk Italiens zusammengehalten. Ein reichliches Jahrzehnt völkischer Erweckung macht sich — so schien es — jetzt bezahlt.

Vor dem Palazzo Venezia sangen und jubelten die Schwarzhemden. Schweigend gehorchte die Masse des Volkes.

Der Duce empfing die ganze Nacht hindurch die Chefs der fremden Missionen, Offiziere, Staatssekretäre. Mit ruhigen Atemzügen arbeitete er an seinem mächtigen Renaissancetisch, diktierte, rief Befehle ins Telephon, während sein Ohr zugleich den Vorträgen seiner Unterarbeiter lauschte. Seine braunen Augen blickten in den fernsten Winkel des Landes, er hörte die leisesten Stimmen zwischen den Alpen im Norden und Afrika im Süden. Jede Nachricht, die aus Europas Funktürmen schwirrte, flatterte auf seinen Tisch, wurde von seinem Gehirn aufgesogen und verarbeitet.

Ein Erdteil zittert, stöhnt, fiebert. Italien gleicht einer gigantischen Maschine, deren Räder hemmungslos ineinander greifen, nur daß ihr Tempo beängstigend gesteigert ist.

Krieg? Capponi lächelt nicht mehr spöttisch. In den letzten zwanzig Stunden hat er das Lächeln verlernt. Er sieht, wie die Karten eines furchterregenden Spieles gemischt und verteilt werden, Nieten und Trümpfe. Jetzt entscheidet die Kaltblütigkeit, mit der die Staatsmänner ihre Gewinnchancen im Kontobuch einzutragen verstehen. Der Duce hat sein gestecktes Ziel erreicht: in Albanien steht das Landungskorps, die Mobilmachung im Gang, ohne daß sie öffentlich verkündet wurde. Stolz und schweigend beugt sich das Volk unter die Faust seines Diktators.

Im Morgengrauen blickt Capponi zur Wandkarte hinüber. Nicht mehr nach Albanien; sein Auge hängt jetzt an einem schwarzen Punkt im Nordwesten: Paris! Dort fallen die Würfel. Trotz verschlossener Grenzen weiß der Duce alles, was im Land des Nachbarn vorgeht. Aus der Feindschaft Saint Brice—Brandt trinkt Roms Herr neue Lebenskräfte. Nur zu! Frankreich soll sich selbst auffressen! Dann braucht Italiens kostbares Blut nicht zu verströmen. Wenn Brandt heute in der Kammer den geriebenen Greis stürzt, ist nichts mehr zu befürchten! Ein Kabinett Brandt bedeutet Frieden! Opferlosen Sieg für Rom . . .!

Das Telephon zerschlägt die Gedankenbilder Capponis.

Eine Arbeiterdeputation aus Mailand will empfangen sein!

Mailänder Arbeiter? — Der Duce bekommt plötzlich glasharte Augen. Jawohl, her mit den Leuten . . .!

Steckt also doch etwas hinter den gestrigen Meldungen? Daß in Mailand eine unbekannte Funkenstation gehört wurde! Man hatte sie zunächst für eine der vielen Stationen gehalten, die im Zusammenhang mit den militärischen Vorbereitungen neu in Betrieb gesetzt waren. Aber der Ueberwachungsdienst hatte auch noch gemeldet, daß die Arbeiter einiger Mailänder Großbetriebe passive Resistenz gezeigt hätten! Konnte da vielleicht die berüchtigte Organisation der „Union“ ihre Hand im Spiele haben? In London, Berlin, überall hatten ja die Regierungen heute nacht mit diesen aufsässigen Burschen verhandelt!

Die drei Arbeiter werden vorgelassen, ein alter und zwei jüngere. Capponi geht ihnen mit Spähaugen entgegen, hebt sehr freundlich, wie er es immer zu tun pflegt, die Rechte zum Faschistengruß. Er zieht die Hand rasch wieder zurück. Die Arbeiter erwiderten den Gruß nicht! Also gefährliche Rebellen!

Der Aeltere beginnt seine Rede, höflich, selbstbewußt: daß die Mailänder Arbeiter mit wachsender Unruhe die militärischen Vorbereitungen verfolgen, daß diese alles andre als Begeisterung auslösen, daß in ganz Europa die werktätigen Schichten im Begriffe sind, ihre Stimmen zu erheben, und daß auch die Arbeiter Italiens nicht stumm bleiben dürften, wenn ihnen ohne zwingende Not der Strick um den Hals gelegt werden sollte.

Das Gesicht des Duce ist regungslos. Sein Kinn ist noch eckiger geworden und baut sich drohend den drei Arbeitern entgegen. Wie? Die Straße fängt an, auch im faschistischen Italien zu maulen? Grenzenlose Wut kocht in Capponi. Unbarmherzig prasseln seine Worte auf die Arbeiter.

„Was wißt ihr von zwingender Not! Ihr verlangt tagaus, tagein Arbeit und Brot, aber ihr fragt nicht, woher beides kommt! Arbeit und Brot fallen nicht vom blauen Himmel, sie müssen jede Stunde neu erobert werden! Und wenn eines Tages die Bevölkerung Italiens keinen Lebensraum mehr hätte, würdet ihr euch dann nicht draußen vor meinem Palazzo zusammenrotten und mit Recht von mir Rechenschaft fordern? Mit Recht!, denn ich hätte dann meine Pflicht versäumt. Ich bin aber weit davon entfernt, meine Pflichten zu vergessen! Es ist die Tragik der Völker, daß sie zu ihrem eignen Glück gezwungen werden müssen, und die Tragik der Führer, dafür verleumdet zu werden! Bildet ihr euch ein, daß ich Italiens Zukunft hinwerfe und erschrecke, weil ein paar tausend Arbeiter nicht denken können, weil ein paar Weichherzige schlotternde Knie bekommen?“

Der jüngste Arbeiter tritt auf den Duce zu und erwidert mit unterdrückter Leidenschaft: „Wir sind nicht weichherzig, aber ein Trümmerhaufen ist kein Vaterland mehr. Dann ist es schon besser, vorher gehängt zu werden!“ (Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

„Ueberzeugende Argumente“

Im Kreise Rybnik liegt eine kleine Stadt, die heute den schönen Namen „Wodzislaw“ trägt. Man hört von dort aus selten etwas, denn Wodzislaw ist eine tote Stadt, ohne Industrie und Handel, so wie alle kleinen Bauernstädte. Die guten Wodzislawer hatten vor einigen Jahren große Sorgen mit dem Bürgermeister gehabt, denndie haben sich, einer nach dem anderen den Ortsverhältnissen angepaßt, und kaum daß sie auf das hohe Amt erhoben wurden, segneten sie bald das Zeitliche. Bei einer Neuwahl des Bürgermeisters wurde den Kandidaten die einzige Bedingung gestellt, und zwar: sie sollen nach der Wahl nicht gleich sterben. Das hat auch geholfen, denn der jetzige Bürgermeister wirkt schon längere Zeit in geistiger und körperlicher Frische und denkt erst gar nicht an den Tod, zur allgemeinen Zufriedenheit seiner Stadtergebenen.

Nachdem der Bürgermeister sich voller Gesundheit erfreut, können sich leider Gottes die übrigen „Stadtväter“ schlecht vertragen, und das ist der Krebsschaden. In den Radasitzungen kommt es sehr oft zu stürmischen Auftritten, was man sich leicht vorstellen kann, wenn man bedenkt, daß in Wodzislaw Dr. Pawelec, der Sanacjaabgeordnete im Warschauer Sejm, seinen Wohnsitz hat. Wer im Warschauer Sejm eine bedeutende Rolle spielt, der will selbstverständlich in seiner Heimatgemeinde auch nicht abseits stehen. Dr. Pawelec gehört auch nicht zu jenen, die sich da in die Ecke schieben lassen. In der Stadtrada hat er seine Leute, die in seinem Sinne wirken, und da die Sanacjagegner auch nicht schlafen, so platzen die Gemüter sehr oft aufeinander. Die Sonntags-„Polonia“ weiß von einem solchen Zusammenstoß, der sich am vergangenen Freitag in der Stadtradasitzung abgespielt hat, zu berichten, woraus wir diese Tatsache entnehmen. Da der Sitzungssaal im Magistratsgebäude ein wenig zu klein ist, so setzte die erregte Auseinandersetzung auf der Straße fort. Zur Erledigung stand in der Stadtrada die Subventionsangelegenheit. Zuerst bewilligten die Stadtväter in aller Gemütsruhe und vollster Harmonie 1000 Zloty für ein polnisches Gymnasium in Beuthen, damit auch in Deutsch-Oberschlesien eine polnische Mittelschule gebaut werde. Schulen können nicht genug gebaut werden, hauptsächlich bei uns, weil in einzelnen Volksschulen dreimal täglich wegen Ueberfüllung Schulunterricht erteilt wird. Die Wodzislawer Stadtväter schätzen sich glücklich, daß sie beisteuern können, daß wenigstens in Beuthen eine Mittelschule gebaut wird, nachdem wir hier darangehen, Mittelschulen in Polnisch-Oberschlesien zu schließen.

Bei der Bewilligung einer Subvention für den Verein der Volksbibliotheken waren die „Stadtväter“ viel sparsamer gewesen und haben selbst die Zuweisung von Räumen abgelehnt. Wegen diesem ablehnenden Beschluß platzte man auseinander. „Stadtvater“ Kipta, ein Richter von Beruf, nannte die Opposition „Chamy“ (Bauernkerle). Das war eigentlich das Signal gewesen, bis man schließlich auseinanderlief, um sich dann auf der Straße zusammenzufinden. Der Sanacjasejmabgeordnete Prokop (Wodzislaw liefert beikanntlich dutzendweise Sejmabgeordnete), trat an den Vizebürgermeister Klockiewicz heran und wollte ihn gründlich überzeugen, indem er ihm zweimal mit der Faust auf den Kopf schlug. Solche Argumente pflegen ihre Wirkung nicht zu verfehlen. Der Vizebürgermeister verfügte auch über solche überzeugende Argumente, drehte sich rasch um und versetzte dem „unverletzbaren“ Sejmabgeordneten einen ordentlichen Hieb mit einem Stock über den Schädel, so daß dieser die Beine in Höhe hob. Nun waren beide „quitt“ gewesen und die Sache wäre dadurch erledigt, wenn nicht ein Dritter hinzugekommen wäre. Der Dritte im Bunde war der Gerichtssekretär, ein gewisser Wroblewski. Er sprang rasch hinzu und brachte schnell seine „Anschauung“ dem Vizebürgermeister bei, indem er ihm mit einem stumpfen Gerät ins Gesicht schlug, so daß der Bürgermeister durch den Schlag alle Zähne verlor und auch sonst arge Verletzungen des Unterkiefers davontrug. Dann machte sich der Herr Gerichtssekretär schleunigst aus dem Staube, um seine Ueberzeugung zu retten. So endete die unliebsame Subventionssitzung der Wodzislawer Stadtrada. Die Subvention war dadurch erledigt. Jetzt müßten Stadtväter zusammentreten und die Deckung der Kosten der Radasitzung bewilligen, und die werden erheblich sein, denn der Kopf eines Hern Sejmabgeordneten Prokop war nicht sehr widerstandsfähig und die Zähne des Vizebürgermeisters auch nicht.

Der Demobilmachungskommissar in Schoppinitz

In der Uthemannhütte erschien gestern der Demobilmachungskommissar in Begleitung des Arbeitsinspektors Seroka, um nach den Ursachen der geplanten Stillegung von zwei Schmelzöfen zu forschen. Die Verwaltung wird dem Demobilmachungskommissar begreiflich machen, daß die Stillegung unbedingt notwendig ist. Darauf kann man Gift nehmen und schließlich ist es nicht schwer, den Demobilmachungskommissar von der Notwendigkeit einer Arbeiterreduktion zu überzeugen.

„Polonia“-Redakteur Skrzypczak geht sitzen

Der verantwortliche Redakteur der „Polonia“, St. Skrzypczak, der vor einigen Monaten eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten wegen Beleidigung des staatlichen Forstdirektors Lort verurteilt wurde, mußte gestern die Gefängnisstrafe antreten.

Der „Volkswille“ beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des „Volkswille“ wurde wegen dem Artikel „Polizeiaufgebot gegen Arbeitersportler“ beschlagnahmt. Dadurch ist daß letzte Wort über die Vorfälle in Ems noch nicht gesprochen.

Die Wahrheit über Ems

Der Rückzug der „Polska Zachodnia“

Die hiesige polnische Presse brachte gestern kurze Berichte über das polizeiliche Vorgehen gegen die Sportler in Ems, und erklärte das Vorgehen der Polizei damit, daß es sich in Ems um eine kommunistische Veranstaltung gehandelt hat. Die heutige „Polonia“ hat ihren gestrigen Bericht richtiggestellt, während die Kattowitzer „Zachodnia“ weiter behauptet, daß das eine kommunistische Veranstaltung war, an der auch die kommunisierenden Jugendorganisationen teilgenommen haben. Wir stellen hier ausdrücklich fest,

daß es keine kommunistische, sondern lediglich eine sozialistische Veranstaltung war, ferner, daß keine Kommunisten, sondern ausschließlich sozialistische Sportler mißhandelt wurden.

Ems ist ein beliebter Ausflugsort, und nach dorthin kommen am Sonntag alle Menschen heraus, die sich das leisten können, besonders aber die Jugend, die gesunde Beine hat und weitere Strecken zu Fuß zurücklegen kann. Mag sein, daß unter den Ausflüglern auch Kommunisten sich befunden haben. Einen Ausflug nach Ems kann man niemandem verwehren. Möglich ist es, daß sogar eine kommunistische Ausflugsgruppe sich in Ems eingefunden hat, aber die Kommunisten waren nicht die Leidtragenden, wurden auch nicht geschlagen, sondern die Sozialisten. Ins Gewissen kann man niemandem schauen, und auf der Stirn trägt kein Mensch seine politische Gesinnung zur Schau und

schließlich ist es nicht unsere Sache, über die Kommunisten zu wachen

und sie zu bespitzeln. Deutsche, christliche Jugend war in Ems, das ist uns bekannt, und diese mußte auch die schweren Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Viele von ihnen erhielten Verletzungen und wurden zur Polizeiwache geschleppt. — Eine ganz nichtswürdige Behauptung stellt die „Zachodnia“ auf, indem sie behauptet,

daß die Arbeiterjugend nackt in den Straßen herumlief.

Sie will damit das Eingreifen der Aufständischen und jener Leuchten des Ortes entschuldigen, die sich nicht wie Kulturmenschen, sondern wie der wilde Mob benommen haben, die auf wehrlose Frauen und Kinder einhieben. Auf den Sportplätzen trägt niemand andere Kleider, als Sportkleider und in solchen Kleidern sieht man die Sportjugend nicht nur in Ems, sondern auch in der Wojewodschaftshauptstadt.

Möge die Sanacjatante sich einmal das Myslowitzer Stadion ansehen, das von einer Sanacjagenossenschaft geleitet wird. Dort kann man erst recht von einer „Nacktkultur“ reden, der nicht nur die Jugend, aber selbst ältere Damen, zwei Zentner schwer, huldigen.

Aber das ist alles in der besten Ordnung, hingegen ist es ein sittliches Verbrechen, wenn sozialistische Arbeiterjugend in Sportanzügen in den Wäldern von Ems herumläuft. Das sittliche Empfinden der Konzessionspatrioten hat darunter gelitten, die, neben der brutalen Mißhandlungen

den Mädchen die Kleider von den Leibern rissen,

darauf ihr sittliches Empfinden eine Genugtuung erhält. Das, was in Murcki vorgefallen ist, ist unerhört, und die harmlosen Ausflügler sind in den Wäldern ihres Lebens nicht mehr sicher. Wir appellieren an die gesamte Oeffentlichkeit, möge sie auf die Behörden einwirken, daß der Ueberfall in Ems restlos aufgeklärt wird, besonders aber die Rolle der Zivilbanditen, die harmlose Jugend auf das brutalste mißhandelt haben. — Die „gut orientierte“ deutsche Presse im hiesigen Industriebezirk, besonders aber der „Oberschlesische Kurier“, hat ganz blöde Berichte über die Vorfälle in Ems gebracht, aus denen hervorging, daß man sich an den Bericht der „Zachodnia“ festklammerte, um den Sozialisten eins auswischen zu können. Die christlichen Jugendsportler, die zusammen mit den Sozialisten mißhandelt wurden, werden sich für eine solche blöde Berichterstattung des „Oberschlesischen Kurier“ schön bedanken

Die polnischen Agrarier und die Getreideintervention

Neue Forderungen der Großgrundbesitzer — Nach der Ernte dürfen die Getreidepreise nicht sinken — Die Regierung muß intervenieren, damit die Agrarier keine Geldeinbuße erleiden Losreißung des polnischen Getreidemarktes vom Weltmarkt — Die Regierung stimmt zu

Das Blut kocht einem förmlich in den Adern, wenn man die Forderungen der Agrarier liest und andererseits immer nur vom Lohnabbau und Arbeiterreduzierung hört.

Man gewinnt den Eindruck, daß die menschliche Schlechtigkeit grenzenlos geworden ist, oder daß wir gar in einer Narrenwelt leben,

wo Verstand ein Unsinn ist. Es hat den Anschein, daß Beides zugleich zutreffend ist, Schlechtigkeit, verbunden mit Narrentum. Die Slechtigkeit beruht darauf, daß man auf die Mitmenschen nicht die geringste Rücksicht nimmt und sie vor Hunger verrecken läßt. Das Narrentum beruht wieder darin, daß die Besitzenden, sowohl Industrielle als auch Großgrundbesitzer, an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Einige Schritte hinter dem Industriebezirk Dombrowa Gornicza werden die Arbeiter mit

1 Zloty pro Schicht entlohnt

und ein Laib Brot kostet in dieser Gegend (Olkusz) 88 Groschen. Für ein Laib Brot arbeitet der Arbeiter den ganzen Tag, und dieser Arbeiter flucht allen, den Menschen und dem Gott, und es wird die Zeit schon kommen, da er die Rechnung präsentieren wird. Die Industriellen und Agrarier müssen sich doch sagen, daß dann alles im Blute erstickt wird, viel schlimmer noch, als während der bolschewistischen Revolution. Der Egoismus bei den besitzenden Klassen ist so groß, daß jede Vernunft davon übertrumpft wird.

Die Agrarier haben an die Regierung eine Reihe Forderungen formuliert, die auch alle durchgeführt werden. In Warschau hat am 10. und 11. d. Mt. eine Konferenz zweier landwirtschaftlicher Verbände, und zwar des Großgrundbesitzes und des mittleren Landbesitzes, stattgefunden, an der eine Reihe von Regierungsvertretern teilgenommen haben. Dort wurden diese Forderungen formuliert, diskutiert und beschlossen. Sie werden nach den Ausführungen des Regierungsvertreters tunlichst alle berücksichtigt. Der Landwirtschaftsminister hat das wenigstens versprochen und die Versprechung an die Großgrundbesitzer ist ganz anders zu bewerten, als Versprechungen an eine Arbeiterdelegation.

Vor allem fordern die Agrarier, daß nach der Ernte die bisherigen Getreidepreise unbedingt dieselben bleiben müssen.

Sie dürfen unter keinen Umständen fallen, denn das liegt angeblich nicht im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft.

Auch alle anderen „Tätigkeitsmittel“ dürfen keine Veränderung erfahren, das ist die Regierungsintervention zur Steigerung der Getreidepreise, die Ausfuhrprämien, die Kreditgewährung gegen Sicherstellung von Brotgetreide in denMühlen, das völlige Verbot von Getreideeinfuhr, Zollrückersatz, Frachtenermäßigung bei Ausfuhr von Landwiwrtschaftsprodukten usw.

Die Preispolitik der Landwirte erfährt insofern eine Veränderung, als sie jetzt Gewicht auf die Erhaltung der bisherigen Preise nach der Ernte legen. Bis jetzt war das anders, denn sie kümmerten sich wenig um Preise nach der Ernte, haben vielmehr ihre Vorräte eingespeichert und erst im Frühjahr auf den Markt geworfen. Die Aufspeicherung hatte den Zweck, im Frühjahr einen höheren Preis zu erzielen. Die Regierung hat die Aufspeicherung durch Kreditgewährung ermöglicht. Die Agrarier haben

70 Millionen Zloty Kredite eingesteckt,

die zu sehr günstigen Bedingungen erteilt wurden. Jetzt verlangen sie etwas anderes, und zwar, daß die Regierung nach der Ernte als Massenkäufer von Brotgetreide auftrete, damit der Preis nicht heruntergeht. Die Regierung hat eine Getreidezentrale, und wir waren der Ansicht, daß diese Getreidezentrale zu dem Zwecke besteht,

um die Industriebevölkerung vor überspannten Brotpreisen zu schützen.

Nun müssen wir erfahren, daß das ganz anders ist, **daß** die Getreidezentrale zu dem Zwecke besteht,

um die Getreidepreise in die Höhe zu treiben.

Diese Getreidezentrale wird nach der Ernte für unsere Steuergelder massenhaft Brotgetreide aufkaufen, in den Mühlen einspeichern, damit der Preis nicht sinkt. Die Aktion der Regierung muß so ausgebaut werden, daß der

polnische Markt völlig unbeeinflußt von dem Weltmarkt bleibt.

Der Weltmarkt weist nämlich niedrige Getreidepreise auf. Das Brot ist in allen Ländern sehr billig, aber bei uns, in dem landwirtschaftlichen Polen muß das Brot unbedingt teuer bleiben, teurer als in allen anderen Ländern.

Zu diesem Zwecke müssen Steuergelder herhalten,

für welche die Regierung, oder richtiger die Getreidezentrale, von den armen Bauern das Getreide kauft und in den Mühlen magaziniert, das dann herausgeschafft wird.

Natürlich darf kein einziges Getreidekörnchen vom Auslande nach Polen kommen,

dafür muß polnisches Getreide ausgeführt werden, und zwar auf Kosten der Steuerzahler. Die Regierung muß das Getreide umsonst mit der Bahn bis an die Grenze bringen, muß dann von einem Doppelzentner 10 bis 12 Zloty Ausfuhrprämie an die Agrarier bezahlen und muß ihnen Kredite gewähren, damit sie evtl. das an das Ausland verschenkte Getreide auf Kredit verkaufen können. Das ist noch nicht alles, denn alle anderen Länder schützen sich vor der Schmutzkonkurrenz durch Einfuhrzölle, weshalb

die Agrarier die Rückerstattung dieser Auslandszölle von der Regierung verlangen.

Gemeinere Forderungen kann man sich überhaupt nicht vorstellen. Da der Appetit sich während der Mahlzeit einzustellen pflegt, so verlangen die Großgrundbesitzer, daß alle Getreidearten, also Roggen, Weizen, Gerste und Hafer gleich behandelt werden, d. h. für alle Getreidearten sind Ausfuhrprämien zu bezahlen. Zumal sich die Mühlen auch in Schwierigkeiten befinden, so besteht die Gefahr,

daß sie ihre Mehrvorräte billiger abgeben könnten, was unter allen Umständen vermieden werden muß.

Die Regierung wird daher aufgefordert, auch den Mühlen durch Kreditgewährung unter die Arme zu greifen, damit sie ihre Mehlvorräte nicht billiger abzugeben gezwungen sind. Die Agrarier konnten in dem Jahre 1921-32 noch für

64 Millionen Zloty Getreide hinausschleppen, obwohl die Brotpreise in allen Ländern viel billiger waren und sind, als bei uns.

Da kann man sich ein Bild machen, was wir zu der wahnsinnigen Getreideausfuhrpolitik in diesem Jahre zugezahlt haben. Das ist der Krebsschaden, der die Völker ruiniert, der unsere Wirtschaft lahmlegt, der das Volk an den Bettelstab bringt. **Das ist ein Wahnsinn, ein wirtschaftlicher Selbstmord, der uns vernichten muß.** —

Auf der anderen Seite verlangen die Agrarier

freie Hand,

das heißt, die Regierung muß zahlen an die Agrarier, muß ihnen die Exportprämien bezahlen, aber in die innere Wirtschaft darf sie sich nicht einmischen. Sie soll aber ihre

Exportorganisationen unterstützen,

die sie allein gründen werden. Sie darf hier die Kleinbauern als Konkurrenz nicht zulassen, denn zum Geldmachen und Geldnehmen sind nur die Großgrundbesitzer da. Sie werden die Exportorganisation gründen, aber die Regierung muß das Geld hergeben und darf sich in die innere Angelegenheit der Organisation nicht hineinmischen. Ein ganz bequemer Standpunkt, der darauf beruht, selbständig zu handeln und Geld nehmen von der Regierung. Leider Gottes haben die Agrarier alles durchgesetzt, was sie haben wollten und wir werden dafür die Kosten zu tragen haben.

Kattowitz und Umgebung

Abschluß der großen Zollhinterziehungsaffäre.

200 Tausend Zloty Geldstrafe für Direktor Achilles Moreau. — Sosnowitzer Firma muß 150 Tausend Zloty zahlen. — Freispruch für die Mitangeklagten.

Die große Zollhinterziehungsaffäre Moreau und Mitangeklagte, gelangte am gestrigen Montag vor der Finanz-Strafabteilung des Landgerichts Kattowitz zu ihrem vorläufigen Abschluß.

Direktor Achilles Moreau, welcher bekanntlich flüchtig ist, wurde für schuldig befunden und zu der empfindlich hohen Geldstrafe von 200 Tausend Zloty, bei Anrechnung von 750 Zloty, zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt. Moreau deklarierte seinerzeit über die Grenze eingeführte Waren, für welche der volle Zollsatz zu entrichten war, als Maschinenbestandteile, welche Anspruch auf Zollvergünstigung hatten. Durch Anrechnung des verbilligten Zollsatzes wurde der Staatsschatz erheblich geschädigt. Weiterhin wurde der Firma Sosnowieckie Towarzystwo Fabryk rur i zelasa eine Geldbuße von 150 Tausend Zloty auferlegt. Die drei Mitangeklagten, gegen welche Schuldbeweise nicht vorlagen, mußten freigesprochen werden. y.

Kontroll-Termine für die stellungslosen Kopfarbeiter. Der Kattowitzer Magistrat gibt bekannt, daß die Kontrolle für die stellungslosen Kopfarbeiter innerhalb des Bereichs von Kattowitz, im Monat Juni d. Js., in folgender Weise vor sich geht: Für weibliche Personen am 22. Juni und für männliche Personen am 23. Juni in der Zeit von 8½ Uhr bis 12 Uhr mittags, und zwar im Stadtteil 2 (Rathaus), Zimmer 27. Die stellungslosen Kopfarbeiter werden ersucht, sich strikt an diese Kontrolltermine zu halten. y.

Ausklang der Korruptionsaffäre Sikorski

Urteil: 4 Jahre Gefängnis — Die oberflächliche Kontrolle — strafmildernd für den Angeklagten

Am gestrigen Montag, vormittag gegen ½12 Uhr, verkündete der Gerichtsvorsitzende Dr. Zemla unter großer Spannung der zahlreich erschienenen Zuhörer, in der Gefängnisaffäre Sikorski, die seit Freitag vor dem Landgericht zur Verhandlung gelangte, den Urteilsspruch. Sikorski wird wegen fortlaufender Unterschlagung von Geldern zum Schaden der Staatskasse, ferner Buchfälschung und Quittungsfälschung, sowie Veruntreuung von Geldbeträgen, zum Schaden des Vereins der Schrebergärtner, für schuldig befunden und

zu Einzelstrafen von 3½ Jahren, 6 Monaten und 3 Monaten Gefängnis, bezw. einer Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Außerdem wird ihm ein Teil der Gerichtskosten auferlegt. Die Untersuchungshaft vom 1. März d. Js. gelangt zur Anrechnung. Sikorski wird lediglich der Unterschlagung von 23 780,76 Zloty für schuldig erkannt, da genau festgestellt werden konnte, daß dieses Geld der Kasse nicht zugeführt worden ist. Tatsächlich soll jedoch der verursachte Schaden 55 bis 70 Tausend Zloty betragen.

Als erschwerend fällt für den Angeklagten die Tatsache ins Gewicht, daß er diese schweren

Verfehlungen in Beamteneigenschaft, und zwar viele Jahre hindurch begangen hat.

Als erwachsener und vernünftiger Mensch mußte sich Sikorski ferner unbedingt darüber Rechenschaft geben, daß er die Eingänge und Ausgänge unter allen Umständen zu verbuchen hatte. Sikorski versuchte den Gefängnisleiter in die Affäre mit zu verwickeln, um sich damit zu einem gewissen Teil zu entlasten. Es ist ihm jedoch nicht gelungen, konkrete Beweise für eine Mitschuld des Szeliga-Skorupski zu erbringen. Als strafmildernd wird die bisherige Straflosigkeit und das Teilgeständnis berücksichtigt.

Das Gericht stellt dann fest, daß die ausgeübte Kontrolle als völlig unzureichend und unsachgemäß zu bezeichnen ist und man ebensogut von gar keiner Kontrolle sprechen könne. Der Gefängnisleiter war laut dem Dienstreglement verpflichtet, über die einfließenden und verausgabten Gelder, ferner die Materialanlieferungen und den Verkauf der Fertigfabrikate schärfste Kontrolle auszuüben. Daß dies nicht der Fall gewesen ist, geht aus dem Zugeständnis des Zeugen Szeliga-Skorupski deutlich genug hervor, welcher erklärte, den Kassenbestand nur flüchtig, und zwar auf den Saldobetrag, überprüft zu haben, die Einzelpositionen aber völlig außeracht ließ. Ueberdies hat der Gefängnisleiter etwas darüber gewußt, daß in der Abteilung für Gefängnisarbeit, deren Leiter Sikorski war, manches nicht ordnungsmäßig zuging. Es hat sich ja ergeben, daß der Gefängnisbeamte Kuczkowski eine diesbezügliche Beschwerde dem Gefängnisleiter zustellte, worauf dieser jedoch keineswegs reagierte, obgleich dort von Unredlichkeiten, die Sikorski sich zuschulden kommen ließ, die Rede war. Sikorski ist als schwacher Charakter über

die ungenügende Revision und Kontrolle

sozusagen gestolpert. Bei strenger Aufsicht wären diese und vielleicht noch andere Verfehlungen bestimmt schon in kürzester Zeit aufgedeckt worden.

Wie es heißt, meldete Sikorski gegen diesen Urteilsspruch Kassation an. y.

Königshütte und Umgebung

Wünsche und Klagen der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen der Freien Gewerkschaften kamen zu einer Sitzung zusammen, und die einen außergewöhnlich starken Besuch aufzuweisen hatte. Nach den verschiedenen Berichten über die letzten Verordnungen in Anglegenheiten der Arbeitslosen, wurden folgende Forderungen und Wünsche an den Magistrat gestellt und Protest erhoben: gegen die zu starke Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, das schlechte Essen und die unhaltbaren Zustände in den Suppenküchen, die bisherige Verzögerung der Kartoffelbelieferung u. a. mehr, die ungleichmäßige Verteilung der Lebensmittelbons und zu welchem Zweck der Antragsteller vom Hilfsausschuß nach dem Glaubensbekenntnis befragt wird.

Aus dem Bericht des in der Sitzung gewählter Arbeitslosenausschusses ist zu entnehmen, daß, unter Führung des Stadtrats Kuzella, eine Besichtigung verschiedener Einrichtungen vorgenommen und auf Grund der verschiedenen Beschwerden festgestellt wurde: Was die Verabfolgung des Essens anbelangt, so liegt die Verschlechterung daran, daß die Lebensmittel für die Suppenküchen immer geringer werden und auf Grund dessen es dem Personal nicht möglich ist, eine bessere Beköstigung vorzunehmen. Daß nicht alle Arbeitslosen seitens der Küchen mit Essen beliefert werden können, liegt daran, daß die vorhandenen Kessel nicht ausreichen und, durch den Einbau größerer, ersetzt werden müßten. Die langsame Verteilung des Essens erklärt sich dadurch, weil die vorhandenen Räumlichkeiten, wenn überhaupt von solchen gesprochen werden kann, sich als viel zu klein erweisen. Die Zustände in der Suppenküche an der ulica Sobieskiego spotten jeder Beschreibung. Der Gesundheitsausschuß müßte hier einmal nach dem Rechten sehen und seine Befugnisse zur Geltung bringen. In Verbindung damit werden die Magistrats- und Stadtverordnetenmitglieder ersucht, eine Besichtigung der Küchen vorzunehmen, um sich von den unhaltbaren, polizeiwidrigen, Zuständen zu überzeugen.

Aus gesundheitlichen und hygienischen Gründen müßte der Wasserabfluß vor der Küche reguliert werden, ferner nicht die Kartoffel- und Lebensmittelreste vor der Küche lagern und Salzgefäße an den Tischen bereitgestellt werden.

Ferner stellen die Arbeitslosen einen Wunsch dahin, daß der Magistrat Schritte unternehmen möge, für die ausgefallenen Lebensmittelbons andere Lebensmittel zu erhalten und sie zur Verteilung an die Arbeitslosen zu bringen, da, durch die karge Unterstützung, eine Erhaltung der Familien nicht mehr möglich ist. m.

Feuerausbruch. In der Wohnung des Franz Kupke, an der ul. Gimnazjalna 34, brach am frühen Morgen ein Küchenbrand aus. Während der Inhaber noch schlief, bemerkte ein anderer Mieter das Feuer und alarmierte die städtische Feuerwehr. Zum Glück ist der Sachschaden nicht beträchtlich. m.

Geldunterschlagung. Die Händlerin Viktoria Kipka, von der ul. Cmentarna in Königshütte, brachte bei der Polizei zur Anzeige, daß ein gewisser Franz Kowollik aus Kattowitz zwecks Besorgung und Lieferung von Kartoffeln von ihr 1500 Zloty ausgehändigt erhalten habe. K. hatte das Geld für sich behalten und auch die Kartoffellieferung unterlassen. m.

Die goldene Freiheit. Am Sonntag gelang es drei Insassen des Königshütter Gerichtsgefängnisses, auszubrechen. Auf bisher noch nicht festgestellte Weise haiten sie sich in den Besitz von Feilen gesetzt und durchsägten die eisernen Gitterstäbe an den Fenstern. Die drei Zelleninsassen, ein gewisser August Golik aus Kattowitz, Walter Wolnosci aus Bismarckhütte und Georg Galbas aus Königshütte, sind unbekannter Richtung verschwunden. m.

Alles im Suff. In angeheitertem Zustande zertrümmerte ein gewisser Johann Cz., von der ul. Ligota Gornicza 14, durch Fußtritte die Schaufensterscheibe eines jüdischen Kaufmanns, an der gleichnamigen Straße 19. Der Schaden beträgt etwa 500 Zloty. m.

Siemianowitz

Metallarbeiterversammlung.

Am Sonnabend, den 18. d. Mts., um 6 Uhr abends, hielt der D. M. V. Laurahütte, im Lokal Kosdon, eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Kollege Ossadnik eröffnete und gab die Tagesordnung bekannt. Das letzte Protokoll wurde angenommen.

Hierauf hielt Kollege Buchwald ein Referat, im Rahmen der wirtschaftlichen Lage, unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Lohnkampfes in der Eisenindustrie. Ganz besonders wendete sich der Redner gegen die Veröffentlichung des Volksbundes, wonach den Gewerkschaften der Schutz der deutsch-organisierten Arbeiter nahegelegt wird. Er betonte hierbei, daß die freien Gewerkschaften jederzeit für die deutschgesinnten Arbeiter eingetreten sind und auch weiter eintreten, alle Mittel und Wege hierfür ausnutzen und auch im Notfalle auf die Rechte des Genfer Abkommens zurückgreifen. **Hierfür haben sie noch niemals der Hilfe des Volksbundes bedurft und lehnen auch für die Zukunft eine derartige Bevormundung ab.** Es sind aus den Ausführungen noch die Zusammenfassung der Arbeitslosen und intensivere Orientierung der Betriebsräte, sowie der Hinweis auf das in Kraft getretene Versammlungsrecht hervorzuheben.

In der Diskussion wurde zu den aufgeworfenen Fragen lebhaft Stellung genommen. Die Einstellung der Sanacjagewerkschaft zum Arbeitgeber wurde dadurch gekennzeichnet, indem Kol. B. einen Fall erläuterte, wo die Führung dieser „Gewerkschaft“ einen ihrer Betriebsräte, zur Zurückziehung einer Klage gegen den Arbeitgeber, aufforderte, da der Standpunkt des Arbeitgebers „richtig“ ist. Unter Verbandsangelegenheiten wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die Nähstuben in Kürze eine Ausstellung ihre Erzeugnisse veranstaltet, wo die Kollegen zu niedrigen Preisen Wäsche und andere Kleidung erstehen können. Die Einladung der freien Turner zum 25jährigen Jubiläum am 3. Juli und der freien Sänger Siemianowitz zum Sommerfest im Bienhofpark, am 10. Juli, wurde zur Kenntnis genommen. Desgleichen wird in nächster Zukunft eine Antikriegsfeier stattfinden, wozu alle Zweige der freien Arbeiterbewegung eingeladen sind. Nach Aufforderung zur regen Agitation für den Verband, wurde die Versammlung mit dem Gruß „Freundschaft“ beschlossen

---

Mit dem Fahrrad gestürzt. Ein auf Urlaub weilender Soldat stürzte gestern mit seinem Fahrrad auf der Beuthenerstraße derart, daß die Karre vollständig demoliert wurde. Er selbst kam mit heiler Haut davon.

Früh krümmt sich . . . Dem Bäckermeister Schweda ist in letzter Zeit wiederholt aus der Ladenkasse Geld verschwunden, ohne das es ihm möglich war, den Täter festzustellen. Um der Sache auf den Grund zu gehen, legte er sich auf die Lauer und erwischte seinen Lehrling beim Hereinbringen von Backwaren, wie er in die Kasse hinüberlangte. Auch der Meister trägt eine Schuld, wenn er den Laden allein läßt und die Kasse nicht verschließt.

Einbruch in die Arbeitslosenküche. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ist in die Arbeitslosenküche, ul. Szkolna, ein Einbruch verübt worden. Die Diebe gelangten, nach Entfernung der Fenstergitter in das Innere und entwendeten Vorräte jeglicher Art. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Endlich Pflasterung der Kattowitzer Straße. Der Kreisausschuß hat endlich Anstalten gemacht, die schadhafte Straße in Siemianowitz von der Bergverwaltung bis Alfredschacht in Ordnung zu bringen. Die Lieferung von Pflastersteinen, Bordsteinen, Sand und Schlacke ist von der Starostei Kattowitz ausgeschrieben worden und müssen entsprechende Angebote bis zum 21. Juni d. Js. dortselbst eingereicht werden. Mithin besteht also die Aussicht, daß die Straße noch im Laufe des Sommers in Ordnung gebracht wird.

Myslowitz

Gieschegruben. (Arbeitszeitänderung im Fuhrwesen.) Die hiesige Bergverwaltung Nickischschacht hat ab 16. d. Mts. die bis dahin bestehende 12stündige Arbeitszeit in den beiden Fuhrwesenabteilungen Gieschewald und Richthofenschacht auf die verkürzte Arbeitszeit der übrigen Tagebetriebe übergeleitet, welche nach der Pause 9—9½ Stunden betragen soll. Diese Ueberleitung zieht einen Lohnausfall für die betreffenden Arbeiter nach sich, da die bezahlten Zuschlagsstunden mithin darauf in Abzug gebracht werden. Die materiellen Erfolge zieht hier wiederum die Bergverwaltung selbst, da die Belegschaft der beiden Fuhrwesenabteilungen bei der verkürzten Arbeitszeit dieselben Arbeiten, wie früher bei 12stündiger Schichtzeit verrichten muß. Von einer Ueberleitung der hiesigen Feuerwehr von 12 auf 8 Stunden sieht die Verwaltung ab, da diese Ueberleitung finanzielle Nachteile hat, weil 35 neue Feuerwehrposten angelegt werden müßten.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Familiäre Zerwürfnisse trieben sie in den Tod. Die 41jährige Ehefrau Hedwig Zahl von der ul. Bytomska 12 aus Schwientochlowitz verübte in ihrer Wohnung Selbstmord, indem sie Salzsäure einnahm. Der Tod trat in kurzer Zeit ein. Es erfolgte die Einlieferung in die nächste Leichenhalle. Nach den bisherigen Feststellungen soll die Frau seit längerer Zeit an einer schweren Nervenkrankheit gelitten haben. Als weiteres Motiv zur Tat werden familiäre Zerwürfnisse angegeben. z.

Godullahütte. Heute nachmittag um 3 Uhr, findet im Gasthaus Budisch eine öffentliche Versammlung der D. S. A. P. und P. P. S. statt. Starke Beteiligung erwünscht. Referenten: Sejmabg. Genosse Kowoll und Janta.

Groß-Dombrowka. (Nächtlicher Einbruch in ein Schulgebäude.) In der Nacht zum 16. d. Mts. wurde in das Schulgebäude ein Einbruch verübt. Die Täter drangen in die im Parterre gelegene Küche und von da aus in die Schulräume. Gestohlen wurden dort eine Sparbüchse enthaltend 10 Zloty, ferner verschiedene Schulutensilien im Werte von 500 Zloty, sowie 2 Konfitürendosen von 8 Zl. Nach den Einbrechern wird polizeilicherseits gefahndet. X.

Lipine. (Auf den Knieen in die Kirche.) Der Klerikalismus im Industriebezirk macht mit jedem Tage größere Fortschritte und der religiöse Wahn tritt hie und da zum Vorschein. Das Ehepaar Nawrot in Lipine wurde vom religiösen Wahn befallen und trat den Kirchgang auf Knieen an. Nawrats wohnen in Piasniki, einem Vorort von Lipine, behängten sich mit Rosenkränzen und rutschten auf den Knieen in der Richtung nach Lipine. Natürlich beteten sie dabei fleißig laut, die ganze Zeit. Eine große Menschenmenge hat sich angesammelt, die den ungewöhnlichen Marsch beobachtete. Zuletzt mußte die Polizei einschreiten, die Neugierigen zerstreuen und die Opfer des religiösen Fanatismus auf die Füße bringen, damit sie den Verkehr nicht stören. Dabei wurde festgestellt, daß Nawrat vom religiösen Wahn befallen wurde, der auch seine Ehefrau zu dem ungewöhnlichen Kirchgang gezwungen hatte.

Scharley. (Die günstige Gelegenheit.) Aus dem Korridor des Gymnasiums wurde dem Schüler Georg Krubasik aus Radzionkau ein Herrenfahrrad gestohlen, welches er dort für kurze Zeit ohne genügende Beaufsichtigung zurückließ. Es handelt sich um ein Fahrrad Marke „Diamant“, Nr. 711 306. Der Schaden wird auf 100 Zloty beziffert. Vor Ankauf des gestohlenen Rades wird polizeilicherseits gewarnt! X.

Pleß und Umgebung

Gesamtbetriebsratswahl der Fürstl. Plessischen Gruben. Am Sonnabend, den 18. d. Mts., erfolgte die Wahl in Kattowitz im „Monopol-Pils“ Eingereicht wurden vier Listen. Zwei Angestellten- und zwei Arbeiterlisten. Von den 63 abgegebenen Stimmen erhielten die beiden Angestelltenlisten 10 Stimmen, die Klassengewerkschaften 25 Stimmen und die Polnische Berufsvereinigung 28 Stimmen. Nach der Wahl erfolgte die Ausschußwahl, aus 5 Mann, wo die Klassengewerkschaften 2, die Polnische Berufsvereinigung 2 und die Angestellten 1 Sitz haben. Die Verteilung der Mandate war folgende: Klassengewerkschaften 7 Mandate, Polnische Berufsvereinigung 8 Mandate und 3 Angestellte. Als Vorsitzender wurde Mokry von der Emanuelssegengrube gewählt.

Wilddieb erschossen. Im Kreise Pleß wurde von einem Heger der 22jährige Johann Fajkisz aus Brzezinka, Kreis Kattowitz, beim Wildern erschossen. Der Tote wurde in die Leichenhalle geschafft. Wie es heißt, soll F. vor längerer Zeit, während des Wilderns, den Jagdpächter Patelong erschossen haben. Der Täter erhielt s. Zt. durch Gerichtsbeschluß zwei Jahre Gefängnis. z.

Goczalkowitz. (10 000 Zloty Brandschaden.) Im Wohnhaus des Georg Dzida in Goczalkowitz brach Feuer aus, durch welches das Dach, sowie verschiedene am Bodenraum lagernde Möbelstücke und Garderobe vernichtet wurden. Der Gesamtschaden wird auf rund 10 000 Zloty beziffert. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest. Die Polizei hat weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit eingeleitet, um die Brandursache festzustellen. z.

Ober-Lazisk. (Festnahme einer Spitzbubenbande.) Die Polizei arretierte in Ober-Lazisk einen gewissen Franz G., welcher mittels Fuhrwerk Diebesgut fortschaffen wollte. In diesem Zusammenhang konnten noch drei Helfershelfer des G. festgenommen werden. Die polizeilichen Untersuchungen ergaben, daß die Arretierten einige Diebstähle verübten, welche zum größten Teil noch ungesühnt blieben. z.

Rybnik und Umgebung

Wohnungseinbruch. Unbekannte Täter drangen in die Wohnung des Robert Grzegorczyk in Rybnik ein und stahlen dort u. a. Weißwäsche, im Werte von zusammen 150 Zloty. z.

Knurow. (Schrecklicher Tod eines Kindes.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Wohnung des Zollbeamten Szyja in Knurow. Dort fiel, in einem unbeaufsichtigten Moment, das dreijährige Söhnchen Georg in einen Topf mit heißem Wasser und erlitt sehr schwere Verbrühungen am ganzen Körper. Das Kind wurde in das dortige Spital geschafft, wo es inzwischen verstarb. z.

Gemeinsame Abrüstungskundgebung der internationalen sozialistischen Jugendorganisationen

Während der gemeinsamen Abrüstungskonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich traten die auf der Konferenz anwesenden Vertreter der verschiedenen internationalen Jugendorganisationen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu einer kurzen Beratung zusammen, um in einer gemeinsamen Entschließung die Auffassung der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Jugend zur Abrüstungsfrage festzulegen. Die Beratung, die die erste gemeinsame Konferenz dieser Art war, endete mit der einstimmigen Annahme der nachstehenden Kundgebung:

Im Kampf für die Abrüstung und den Frieden kann die junge Generation nur auf der Seite des Friedens stehen. In dieser Ueberzeugung bekennen sich die Vertreter der unterzeichneten internationalen Jugendorganisationen zu dem gemeinsamen Abrüstungsprogramm der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Das sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Jugendproletariat erblickt in der internationalen Arbeiterbewegung den stärksten Faktor im Kampf für den Frieden, und es verspricht den Einsatz aller seiner Kräfte in allen Aktionen, die die internationalen Organisationen der Arbeiterschaft für den Frieden durchführen werden.

Die Vertreter der sozialistischen Jugend der ganzen Welt richten an die Abrüstungskonferenz in Genf den ernsten Appell, die Stimme der Jugend zu hören, die die Abrüstung und den Frieden will, weil sie der festen Ueberzeugung sind, daß ihre Vorstellungen von der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft nur verwirklicht werden können auf demokratischen Wege und in vertrauensvoller Zusammenarbeit der Völker. Dieses Ziel wird aber niemals erreicht, wenn die Jugend, statt zu Pionieren des Friedens und der Wohlfahrt der Völker erzogen zu werden, als Werkzeuge der Zerstörung und Vernichtung mißbraucht wird. Die junge Generation der Arbeiterklasse appelliert an die Abrüstungskonferenz, die wiederholten feierlichen Versprechungen an die Völker zu erfüllen und im Sinne der Forderungen der internationalen sozialistischen und freigewerkschaftlichen Organisation die allgemeine und vollständige Abrüstung sofort einzuleiten.

Die militärische Abrüstung muß ihre Ergänzung finden in der moralischen und geistigen Abrüstung der Menschen, auch in der Familie und in der Schule. Die neue Weltordnung des Friedens und des gegenwärtigen Vertrauens erfordert auch eine neue Gesinnung der Völker. Abgerüstet werden müssen alle sogenannten vormilitärischen Jugenderziehungseinrichtungen. Abgerüstet werden muß der Geist des Nationalismus und der Völkerverhetzung, der heute noch vielfach die öffentlichen Erziehungsstätten der Jugend beherrscht. Das Ideal der neuen Jugenderziehung aller Völker muß die Völkerverständigung und die Achtung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, sein.

Die Jugendverbände der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verweisen mit Stolz auf die von ihnen auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten geleisteten Erziehungsarbeit. Sie werden diese Arbeit in der Zukunft mit gesteigerter Kraft fortsetzen in der festen Ueberzeugung, daß eine im Geist des Friedens wirkende Jugend eine starke Sicherung gegen jeden nationalistischen und militaristischen Mißbrauch der Jugend bildet. Darüber hinaus werden sie einen unermüdlichen Kampf gegen alle die Jugendverbände führen, die die Jugend im Sinne des Faschismus und des Nationalismus zu beeinflussen suchen.

Die unterzeichneten internationalen Jugendorganisationen sind sich einig in der Erkenntnis, daß eine endgültige Befriedigung der Welt nur möglich ist durch die Beseitigung des Kapitalismus und durch den Sieg des Sozialismus. Sie richten deshalb an alle jungen Menschen, die ernsthaft die Abrüstung und den Frieden wollen, die Aufforderung, sich mit der sozialistischen Jugend einzureihen in die Massenbewegung des internationalen Proletariats und unter der Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu kämpfen für eine neue Welt der Arbeit, des Friedens und der Freiheit.

Jugend- und Bildungskomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Sozialistische Jugend-Internationale.

Sozialistische Arbeiter-Sportinternationale.

Sozialistische Erziehungs-Internationale.

Internationale Sozialistische Studentenföderation.

Die Grundgedanken dieser Entschließung wurden vom Genossen Ollenhauer in einer Ansprache auf der gemeinsamen Abrüstungskonferenz der S. A. J. und des J. G. B. vertreten.



Bielitz und Umgebung

Organisationsarbeit in den Ferienmonaten.

Die Ferien nahen.

Für wen aber, für eine Arbeiterpartei gibts keine Ferien. Die Organisationsarbeit darf nicht einen Augenblick erlahmen.

Indem von den Sommermonaten gesprochen wird, meinen wir nicht die Sportorganisation oder den Kinderfreundeverein. Denn diese entfalten gerade in den Sommermonaten die stärkste Tätigkeit.

Wir denken an die politischen Vereine.

Nie war deren Schlagfertigkeit von Bedeutung, wie gerade jetzt, wo wir sehen, daß alle reaktionären Mächte sich im Kampfe gegen das Fortschreiten des Sozialismus vereinigen und konzentrieren.

Die Schlagfertigkeit einer Organisation ist jedoch nicht allein von der ziffernmäßigen Stärke bedingt. Es müssen daher nicht nur neue Mitglieder für die Organisation, neue Leser für die sozialistische Presse geworben werden.

Nicht allein die Zahl ist ausschlaggebend. Nicht minder wichtig ist die Qualität also die Bildung, die sozialistische Bildung.

Heutzutage genügt nicht allein das Bekenntnis zum Sozialismus.

Das Leben stellt uns vor praktische Aufgaben von ungeheuerer Bedeutung. Mit unvermeidlicher Zwangsläufigkeit nähert uns die Wirtschaftskrise dem Uebergange von kapitalistischer, bankerotter Wirtschaft, zu einem höheren, zweckmäßigerem, den Wohlstand aller Arbeitenden sichernden Wirtschaftssystem.

Diese neue, höhere Wirtschaft wird nicht von selber, wie ein reifes Obst, uns vom Baume fallen. Sie muß geschaffen werden. Es muß ihr der Weg gebahnt werden.

Wollen wir eine sozialistische Wirtschaft, dann muß der Weg zu ihr Schritt für Schritt, planmäßig gebaut werden. Diese Aufgabe können nur sozialistisch geschulte Pioniere erfüllen.

Deshalb darf die Organisations- und Bildungsarbeit, sei es in geschlossenen Räumen, sei es bei Ausflügen unter freiem Himmel, nicht einen Augenblick aufhören.

Mit frischem Mut, unverdrossen, zum weiteren Ausbau unserer Organistion und der Bildungstätigkeit!

Von einem Auto tödlich überfahren. Am Sonntag wurde auf der Straße Czechowic—Dziedzic der 13 Jahre alte Bartoschek Karl, als er auf der Straße Ball spielte, von einem Personenauto, welches die Nr. 6620 K. R. trug überfahren und ist infolge der erlittenen Verletzungen bald darauf gestorben.

Selbstmord. Am 18. d. Mts. verübte der 52 Jahre alte in Leszczyn wohnhaft gewesene Andreas Wrobel im Wäldchen unter der Wirtschaft Malcher in Kamitz durch Erhängen Selbstmord. Das Motiv der Tat soll Mangel an Arbeit und Familienstreitigkeiten sein. Der Lebensmüde wurde in die Kamitzer Leichenhalle überführt.

Beim Wettspiel den Fuß gebrochen. Bei einem Fußballwettspiel, welches zwischen zwei Vereinen am Sonntag vormittag auf dem Sportplatz in Alexanderfeld ausgetragen wurde, stürzte der Spieler Cempla T. so unglücklich, daß er sich hierbei einen Fuß brach. Er wurde in das Bielitzer Spital überführt.

Im Schießhausgarten verprügelt. Sonntag in der Nacht wurde der Helmut Prochatschek, 24 Jahre alt, im Schießhauspark derart verprügelt, daß er ins Spital überführt werden mußte. Er erhielt hierbei mehrere Messerstiche in den Kopf und auf den Körper.

Ein langgesuchter Verbrecher endlich festgenommen. Vergangenen Freitag gegen 6 Uhr abends konnte von der Bielitzer Polizei ein langgesuchter Einbrecher, der 34jährige Stefan Klimont aus Polnisch-Nikelsdorf, endlich verhaftet werden, und zwar in einem Walde bei Straconka. Klimont war es gelungen, sich durch fast eineinhalb Jahre der Festnahme zu entziehen, die auf Grund der Tatsache angeordnet worden war, daß K. an verschiedenen großen Einbrüchen der letzten Jahre beteiligt erschien. Es waren wiederholt Polizeistreifen zur Festnahme dieses gefährlichen Einbrechers durchgeführt worden, doch war es K. jedesmal gelungen, in die Wälder bei Straconka zu entkommen, wo er sich verborgen hielt. Gelegentlich einer der letzten Streifungen war, wie erinnerlich, im Hause Klimont ein unterirdisches Lager von Diebesgut entdeckt und beschlagnahmt worden. Damals hatte man den Vater und einen Bruder des Gesuchten verhaftet, während es Stefan Klimont neuerlich geglückt war, zu entkommen. Klimont konnte bisher die Teilnahme bezw. die Rädelsführerschaft bei 6 großen Einbrüchen der letzten Zeit nachgewiesen werden u. a. der Einbruch in das Gemischtwarengeschäft Willer in Lipnik, und der am 1. Mai in den Bielitzer Arbeiterkonsum verübte Einbruch. Der Verhaftete wurde zwecks weiterer Untersuchung der Bialaer Polizei überstellt, die ihn am Montag dem Kreisgerichtsgefängnis in Wadowitz zugeführt hat.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 18. auf den 19. d. Mts. verübten unbekannte Täter einen Einbruch in das Tuchgeschäft auf der Pilsudskiego Nr. 14. Die Diebe drückten die Scheiben ein und versuchten mit eisernen Haken die Tuchballen herauszuziehen. Da sie aber bei dieser Arbeit überrascht wurden, konnten die Diebe nur 2 Ballen Tuch entwenden, wobei sie auf der Flucht noch einen wegwarfen. Auf der Berggasse wurden sie von zwei Geheimagenten angehalten. Nachdem die Diebe zunächst eine drohende Haltung gegen die Geheimen einnahmen und dann die Flucht ergriffen, schossen die Geheimen aus ihrem Browning auf die Flüchtenden, wobei der eine, namens Anton Kurek aus Nikelsdorf schwer verletzt wurde und ins Bielitzer Spital überführt werden mußte. Der zweite Dieb, namens Dziedzic, wurde in zwei Stunden im Zigeunerwald verhaftet und ins Bielitzer Bezirksgericht eingeliefert.

Kundmachung. Es wurde amtlich festgestellt, daß einige Gewerbetreibende und Kaufleute ihr Gewerbe ausüben ohne dieselben beim Bürgermeisteramt Bielsko anzumelden. Das Bürgermeisteramt macht aufmerksam, daß jeder Gewerbetreibende gemäß § und 14 der Gewerbeordnung verpflichtet ist — außer Ankauf des Gewerbepatentes — sein Gewerbe oder Handel beim Bürgermeisteramt in Bielsko (Gewerbereferat), Bureau 17, ordnungsmäßig anzumelden und im Falle der gänzlichen Einstellung abzumelden. Uebertretungen dieser Vorschriften werden vom Bürgermeisteramt strengstens bestraft.

Verbot der Verwendung von Natureis. Das Stadtdefizit macht alle Konditoreien, Restaurationen und Lebensmittelgeschäfte aufmerksam, daß bei der Erzeugung von Fruchteis und mit Eis gemengten Erfrischungsgetränken, ferner für die direkte Lagerung von Lebensmitteln auf Eis nur künstliches, aus Leitungswasser erzeugtes Eis verwendet werden darf. Die Verwendung von Natureis aus Flüssen und Teichen für diese Zwecke ist verboten und strafbar.

Fünf-Zloty-Scheine ab 30. Juni ungültig. Nach einer Verordnung des Finanzministers waren die Fünf-Zloty-Scheine mit dem Ausgabedatum vom 25. Oktober 1926 außer Kurs gesetzt worden. Gegenwärtig werden sie noch in der staatlichen Zentralkasse, in den Finanzkassen und in der Bank Polski in ein gesetzliches Zahlungsmittel ohne jeden Abzug eingetauscht. Wie jetzt bekannt gemacht wird, verlieren diese Scheine mit dem 30. Juni vollständig ihren Wert. Wer also derartige Scheine noch im Besitz hat — es gibt besonders auf dem Lande noch immer viele Unwissende — benutze die kommenden Tage noch zum Austausch.

Zurückziehung der Zehn-Zloty-Scheine. Gemäß Artikel 49 ihrer Statuten hat die Bank Polski die am 1. Juni 1932 mit der Zurückziehung der Zehn-Zloty-Scheine, 2. Emission, mit dem Datum 20. Juli 1926 und 20. Juli 1929 begonnen. Bis zum 31. Dezember behalten diese Banknoten jedoch ihren Charkter als gesetzliches Zahlungsmittel. Vom 1. Januar 1933 bis Ende des Jahres 1933 kann ein Austausch bei allen Abteilungen der Bank Polski und in der polnischen Regierungskasse in Danzig erfolgen, wogegen vom 1. Januar 1934 bis 31. Dezember 1937 nur noch die Bank Polski in Warschau zum Umtausch ermächtigt ist. Die Zehn-Zloty-Scheine verlieren nach diesem Termin jeglichen Geldwert.

Dafür kommt das Zehn-Zloty-Stück. Sobald die Mehrzahl der Zehn-Zloty-Scheine aus dem Verkehr gezogen worden ist, wird dafür Hartgeld zur Ausgabe gelangen. Vorgesehen ist die vermehrte Versorgung des Geldmarktes mit Hartgeld, und zwar wird zunächst ein silbernes Zehn-Zloty-Stück den Ersatz für das Papiergeld bilden. Mit der Ausgabe soll ab Juli begonnen werden.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Dienstag, 21. Juni, 7 Uhr abds.: Gesangstunde im „Tivoli".

Mittwoch, 22. Juni, ½6 Uhr: Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, 23. Juni, 4 Uhr nachm.: Handballtraining.

Sonntag, 26. Juni: Vereinstour nach Kurzwald zum Waldfest. Abmarsch 1 Uhr nachm. ab Vereinszimmer.

Die Vereinsleitung.

Achtung Mitglieder des Industrie- und Privatbeamtenverbandes Ostschlesiens. Die diesjährige Generalversammlung unseres Verbandes findet am Donnerstag, den 23. Juni, um 7 Uhr abends im kleinen Saal des Arbeiterheims statt. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Berichte: a) des Obmanns, b) des Kassierers, c) der Kontrolle, d) des Verbandssekretärs. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Referat über die geplante Verschlechterung des Pensionsgesetzes. 5. Beschlußfassung über ein neues Unterstützungsregulativ und Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages. 6. Allfälliges. Angestellte, Kameraden und Kameradinnen, erscheinet vollzählig bei der Generalversammlung. Der Vorstand.

Altbielitz. Am Donnerstag, den 23. Juni l. Js. findet um 7 Uhr abends in der Restauration Andreas Schubert in Altbielitz die fällige Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts" statt, zu welcher alle Hilfskassierer, Vertrauensmänner und sozialistischen Gemeinderäte eingeladen werden.

Verein jugendlicher Arbeiter Ober-Kurzwald. Genannter Verein veranstaltet am Sonntag, den 26. Juni in H. Miklers Wäldchen (Lobnitzgrenze) ein Waldfest, zu welchem alle Genossen, Freunde und Gönner obigen Vereines herzlichst eingeladen werden. Für Speisen und Getränke sowie Belustigungen ist bestens vorgesorgt. Eintritt 50 Groschen für eine Person. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest den nächstfolgenden schönen Sonntag statt.

Voranzeige. Der Verein Arbeiterkinderfreunde bringt hiermit zur Kenntnis, daß die Eröffnungsfeier des in Lobnitz neuerbauten Ferienheims für Arbeiterkinder Sonntag, den 3. Juli 1932 stattfindet. Der Verein bittet schon jetzt alle Genossinnen und Genossen für einen Massenbesuch zu sorgen und von allen anderen Festveranstaltungen an diesem Tage abzusehen. Näheres wird noch bekannt gegeben werden. Die Vereinsleitung.

Der Kindermarkt von Mezökövesd

Ein ganzes Dorf veräußert seinen Nachwuchs.

Der „Neuen Leipziger Zeitung“ wird aus Budapest geschrieben:

In dem ungarischen Städtchen Mezökövesd, das durch seine Strickereien bekannt ist, blüht noch immer der Menschenhandel. Dort werden, genau wie im Altertum, kleine Kinder auf dem Jahrmarkt zum Verkauf ausgeboten.

Täglich trifft neue „Ware“ ein. Wagen auf Wagen rollt in den Ort, jeder vollbeladen mit kleinen Kindern allermöglicher Jahrgänge. Von niedlichen Dreijährigen bis zu ernsten Zwölfjährigen gibt es hier eine Auswahl in Blond, Braun und Schwarz, in starken Burschen und schwächlichen, unterernährten Mädchen.

Die ganze Einwohnerschaft ist auf, wenn eine neue Ladung anlangt. Von den Fenstern aus werden schon Schätzungen abgegeben, wird kritisiert und gelobt, über Preise diskutiert. Mit größtem Interesse sehen die Seelenkäufer der öffentlichen Ausbietung entgegen.

Auf dem Marktplatz stehen die Wagen, und nun beginnt die Versteigerung. Jeder Wagen hat seinen eigenen Ausrufer. „Fünfzehn Pengö für jedes Stück“, schreit er, indem er zwischendurch seine Ware anpreist. „Nur bis November halte ich den Preis für die Kleinen bis fünf Jahre. Dann kosten sie mehr. Darum greifen sie schnell zu!“

„Kommen Sie näher, betrachten Sie diesen kräftigen Jungen hier. Oder wollen Sie vielleicht das zarte Mädchen? Sie wird gerade sechs Jahre alt. Prüfen Sie selbst, und Sie werden sofort die wenigen Pengös bezahlen.“ Nun begint ein Betasten und ein Betrachten, und viele der Kinder beginnen zu weinen. Aber das schert die Menschenhändler nicht im geringsten. Sie lassen sich nicht bei ihrem Geschäft durch Ausdrücke menschlichen Gefühls stören.

Haben sich die Käufer endlich entschlossen, so beginnt das Feilschen um den Preis. Kaum wird jemals der geforderte Preis von fünfzehn Pengö bezahlt. Der eine findet das Gesicht nicht nett genug, dem anderen sind die Beine zu krumm oder die Arme nicht kräftig genug, und ein dritter ärgert sich über das Schreien eines blonden Jungen, dem in solcher Umgebung ängstlich zumute ist.

Trotzdem geht das Geschäft, und ein Kind nach dem andern wird von seinem neuen Herrn weggeschleppt. Oft mit Gewalt, denn nicht immer fügen sich die Kleinen in ihr Schicksal. Bald sind die Wagen leer, und auf einem sieht man nur noch drei Kinder. Einen zehnjährigen blonden Jungen und seine Geschwister, ein drei Jahre altes Mädchen und einen fünfjährigen Knaben. Die drei Kinder scheinen unverkäuflich, obwohl sie die hübschesten sind. Aber hier legt man weniger Gewicht auf Schönheit als auf Kraft. Als die Kinderverkäufer sehen, daß ihnen dieser Rest bleibt, bieten sie den Zwölfjährigen dem Käufer umsonst, der die beiden Kleinen für 15 Pengö erwirbt. Und nun findet sich bald wirklich ein Bauer, der mit den drei Kindern den Markt verläßt.

Ein ganzes Dorf hat an einem Tag seinen gesamten Nachwuchs verkauft. Die meisten Einwohner dieses Ortes sind Arbeiter, die sich zu einem großen Bauprojekt fern der Heimat auf Jahre verpflichtet haben. Da sie ihre Kinder nicht mit zu der neuen Arbeitsstätte nehmen konnten, haben sie sich entschlossen, ihre Kinder zu verkaufen. Und niemand findet etwas dabei. Die Käufer werden die Kleinen für Hirtenzwecke verwenden und sich billige Landarbeiter — Sklaven — heranziehen. So geschehen im Jahre des Heils 1932 in — Europa! mp.

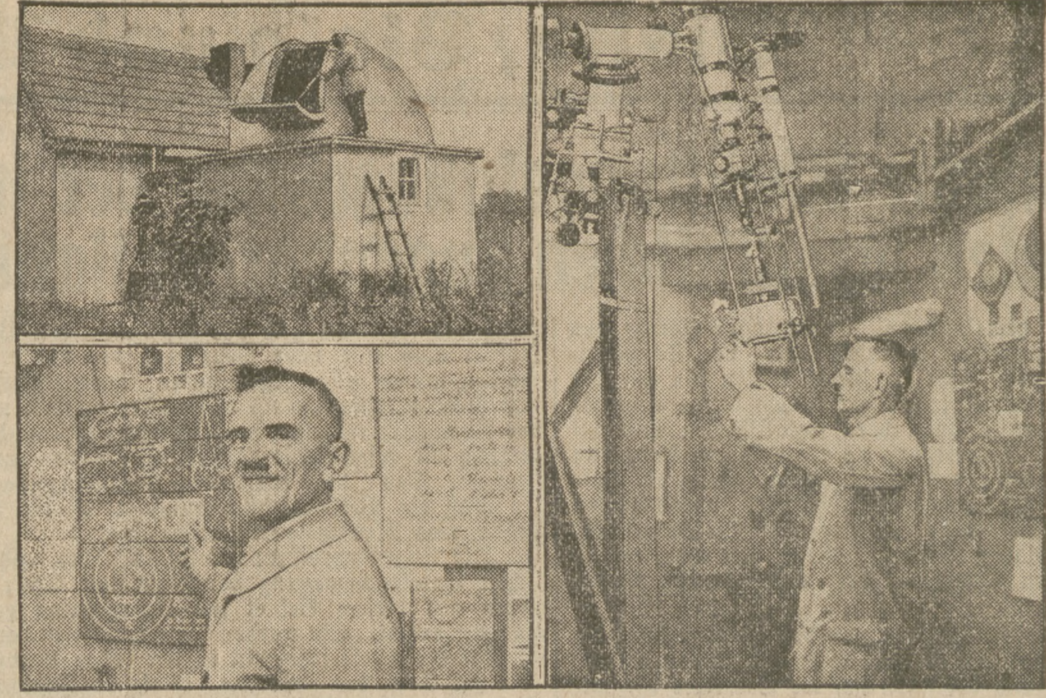
Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Mittwoch. 12,20: Schallplatten. 16,40: Funkbriefkasten. 17: Konzert. 18,20: Tanzmusik. 21,10: Klaviervortrag. 23: Funkbriefkasten franz.

Warschau — Welle 1411,8

Mittwoch. 12,45: Schallplatten. 15,30: Vorträge. 15,40: Kinderfunk. 17: Konzert. 18: Vortrag. 18,20: Tanzmusik. 19,15: Verschiedenes. 20: Konzert des ukrainischen Chors. 20,55: Lesestunde. 21,10: Klaviervortrag. 21,50: Funkzeitung. 22: Tanzmusik. 22,25: Esperanto. 22,40: Sportfunk und Tanzmusik.



Aus eigener Kraft vom Arbeiter zum Astronom

Oben links: Jakobs selbst erbautes Observatorium. — Darunter: Der Himmelsbeobachter vor einer Tafel mit schwierigen Berechnungen. — Rechts: Das Teleskop, das Jakob ebenfalls sich selbst schuf. — In der Gemeinde Schönow bei Berlin befindet sich eine der kleinsten Sternwarten der Welt. In rastloser Arbeit hat sie samt ihren Instrumenten ein arbeitsloser Techniker erbaut. Der Laien-Astronom ist trotz seiner großen Not ein Idealist, der den Einwohnern des Ortes kostenlos wissenschaftliche Vorträge über Astronomie hält, die von einem großen Wissen zeugen.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Mittwoch, den 22. Juni. 6,20: Konzert. 10,45: Für die Hausfrau. 11,30: Konzert. 15,45: Funkbriefkasten. 16,30: Konzert. 17: Der Oberschlesier im Juni. 17,15: Preisbericht. und Eine Reise durch Schottland. 17,40: Lieder. 18,10: Grenzverkehr in Oberschlesien. 18,30: Schlesische Kulturwoche 1932. 18,45: Was kann vom Lohn oder Gehalt des Arbeitnehmers abgezogen werden? 19,05: Wetter. — Abendmusik. 19,55: Wetter. 20: Bunte Reihe. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Vortrag. 22,55: Esperanto.

Versammlungskalender

Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. Am Donnerstag, den 23. Juni, findet abends 7 Uhr im Saale des Zentralhotels eine „Feierstunde“ der Arbeiterwohlfahrt statt. Referent: Genosse Matzke.

Siemianowitz. (Frauengruppe Arbeiter-Wohlfahrt.) Am Donnerstag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kozdon eine Mitgliederversammlung statt. Referent ist Gen. Dr. Adamus, Michalkowitz. Es wird um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder gebeten. **Mitgliedskarte oder Einladung ist mitzubringen.**

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten für den Monat Juni.

Am Mittwoch, den 29. Juni, Peter und Paul: Fahrt nach Bisia. Abfahrt 6 Uhr früh.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Dienstag: Volkstänze.
Mittwoch: Singen.
Donnerstag: Sprechchorprobe.
Freitag: Volkstänze.
Sonnabend: Sonnenwendfeier in Althammer. Treffpunkt: Zentralhotel, 7 Uhr.

Turisten-Verein „Die Naturfreunde“.

Bezirksmännerkonferenz.

Am Donnerstag, den 23. Juni, findet im Zentralhotel Kattowitz eine Obmännerkonferenz statt. Beginn 6 Uhr abends. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

*

Tourenprogramm

25. und 26. Juni: Sonnenwendfeier Zwakow. Abmarsch vom Volkshaus 17,30 Uhr nach Ligota, 20.01 Bahnfahrt von Ligota nach Tichy über Podlesie. Fahrpreis 60 Groschen. Ab Kattowitz Bahnhof 19,46.

29. Juni: Oparamühle. Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer Götze.

Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Kattowitz des alten Wirtschaftsverbandes der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen findet am Montag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr, in dem bekannten Versammlungsraume statt. Die Teilnehmer haben unbedingt ihre Mitgliedskarten mitzubringen, da sie ohne diesen nicht zugelassen werden dürfen.

Königshütte. (Laborista Esperanto Rondo.) Die fällige Monatsversammlung findet am Mittwoch, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im Bufettzimmer statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Königshütte. (Holzarbeiter.) Sonnabend, den 25. d. Mts., abends 6 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.

Schwientochlowitz. (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Mittwoch, den 22. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Vereinslokal Bialas die fällige Monatsversammlung statt. Da die Tagesordnung von Wichtigkeit ist, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Pielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

